

Vorbemerkungen

Die folgende Studie erhebt keinen Anspruch, das Leben und politische Wirken von Heinrich Schulz in voller Breite darzustellen. In einigen Kapiteln kann sie als Erweiterung der biographischen Angaben dienen, die von Karl-Heinz Schweingruber (1955), Franz Osterroth (1960), Hinrich Wulff (1962), Johannes Schenk (1969), Frank Neumann (1982) und Klaus-Peter Schulz (1972 und 1999) vorliegen. Schweingruber legte eine erste Würdigung zur Arbeit des Bremer Bürgers und Sozialdemokraten Heinrich Schulz vor. Wulff verband biographische Angaben mit pädagogischen Einschätzungen, beschränkte sich aber deutlich auf eine positive Darstellung. Als Gegenstück zu beiden Beiträgen ist Schenks Dissertation in Potsdam anzusehen, die sich nach den Dogmen der SED ausrichtete, wie sie in der „Geschichte der Erziehung“ vom Autorenkollektiv Karl-Heinz Günther, Franz Hoffmann u.a. vorgelegt waren. Frank Neumann hat in seiner Arbeit „Sozialdemokratische Bildungspolitik im wilhelminischen Deutschland“ die umfangreichste Biografie zu Heinrich Schulz für die Jahre 1872 bis 1906 erstellt und weist darauf hin, daß für die weiteren Lebensabschnitte bis 1932 große Lücken bestehen. Seiner Hauptthese, daß Heinrich Schulz kein „dialektisch-materialistischer Pädagoge“ war, wird in dieser Studie gefolgt und durch weitere Dokumente von Heinrich Schulz selbst u. a. bekräftigt.

Der Sohn von Heinrich Schulz, Klaus-Peter Schulz, hat in einer umfangreichen Schrift in den Jahren 1997-1999 eine Gesamtdarstellung zum Leben seines Vaters erstellt und diese unter dem Titel „Freiheit - Ehre - Menschenrecht“ beim Bundesarchiv zu seinen Akten als Manuskript hinterlegt. Zu diesem Punkt faßte auch er zusammen: „Wer die vielen Schriften, die Heinrich Schulz hinterlassen hat, aufmerksam studiert, wird rasch erkennen, wie gut er Marx begriffen hat und wieviel er ihm verdankt. Doch blieb er in seiner Weltanschauung, seinem Wollen und Streben bis zum letzten Atemzug ein unverbesserlicher Idealist“ (Schulz, K.-P. 1999, S. 37). An der Sichtung und Einordnung der vorhandenen Unterlagen durch Klaus-Peter Schulz in das Lebensbild über seinen Vater hat der Verfasser dieser Studie teilgenommen und einen Einblick in das tiefe Verhältnis von Vater und Sohn gewonnen. Einige erweiternde Angaben stützen sich im folgenden auf diese Schrift. Klaus-Peter Schulz lehnte es allerdings ab, ihm vorgelegte Dokumente, die ein kritisches Bild seines Vaters ergeben könnten, in seine Laudatio aufzunehmen. Sie finden darum in der vorliegenden Studie Platz.

Im Großen und Ganzen beschränkt sich hier jedoch die Auswahl von Daten und Dokumenten besonders auf Aktivitäten, die Heinrich Schulz in der Sozialdemokratie und in der pädagogischen Fachwelt den Beinamen **Bildungsschulz** einbrachten, als der er auch 1920 die **Reichsschulkonferenz** leitete. Aus seinem Besitz lagen mehrere komplette Jahrgänge der parteieigenen Tageszeitungen „Tribüne Erfurt“ von 1897-1903 sowie der „Volksstimme Magdeburg“ von 1901 bis 1903 vor, an denen Heinrich Schulz als politisch verantwortlicher Redakteur arbeitete. Sie wurden systematisch ausgewertet und geben in ihrer chronologischen

Abfolge Einsicht in die Zustände vor allem der Volksschulen im ausgehenden 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, wie sie der junge Redakteur und ehemalige Volksschullehrer Heinrich Schulz erfuhr.

Zugleich wird aus der täglichen journalistischen Arbeit deutlich, wie sich Heinrich Schulz im Laufe von sechs Jahren vom Ankläger unhaltbarer Zustände zum konstruktiven Gestalter wandelte, und sich in die Lage versetzte, im Jahre 1907 unter dem Titel „**Sozialdemokratie und Schule**“ das erste Schulprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vorzulegen. Für seine Zeit in der Partei unüblich, hat sich Heinrich Schulz in seiner Schrift auch auf Erkenntnisse der modernen bürgerlichen Pädagogik, auf allgemein reformpädagogische Ansätze und auf die Forderungen der deutschen Lehrerverbände gestützt, als allein auf die dialektisch materialistische Geschichtsauffassung, wie sie von den Parteitheoretikern seiner Zeit in Fragen von Bildung, Kunst und Kultur vertreten wurde, wenn er auch „Die Erziehungsideale des Sozialismus“ noch in den Vordergrund seiner Programmatik stellte (Schulz, H. 1907, S. 34 ff).

Hierüber wird jeweils im Kontext zu seinen Ansätzen durch ausführliche Darstellung von Aussagen zeitgenössischer Autoren Auskunft gegeben. Hierzu wurden z. T. ungeordnete Bestände des **Georg-Eckert-Instituts** Braunschweig und der ehemaligen Lehrerbibliothek der DDR, der heutigen **Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung** in Berlin, eingesehen und verarbeitet. Mit diesem Blick in die zeitgenössische pädagogische Literatur wird allerdings kein Anspruch auf eine historische Aufarbeitung der Bildungsgeschichte des ausgehenden 19. und anbrechenden 20. Jahrhunderts erhoben. Er dient ausschließlich zur Darstellung, wie der Parteifunktionär und Politiker der Sozialdemokratie, Heinrich Schulz, auf die jeweilige aktuelle Lage im Deutschen Reich und in der Sozialdemokratie publizistisch und später administratorisch reagierte.

1911 hatte Heinrich Schulz in seinem Buch „**Die Schulreform der Sozialdemokratie**“ die Aussagen seiner Schrift von 1907 erweitert und ein allumfassendes Bildungs- und Schulprogramm unter Einbeziehung der Erkenntnisse der modernen Pädagogik vorgelegt. Mit diesem Werk galt er von nun an als ernstzunehmender Gesprächspartner aller an der Schulreform beteiligter Fachleute im Deutschen Reich.

Wenn sich auch die Sozialdemokratie frühzeitig oft als Partei der Bildung betrachtete (Wilhelm Liebknecht), so kam es erst 1906 auf dem Mannheimer Parteitag zu einer umfassenden Debatte zu Bildungsfragen. Dort hielt Heinrich Schulz sein Referat, das 1907 als oben genannte Broschüre vom Parteivorstand verteilt wurde. Bis dahin konnte Heinrich Schulz Gehör für seine **bildungspolitischen Forderungen** in der Sozialdemokratischen Partei dadurch erringen, daß er sich seit 1897 auch beständig als Parteiorganisator betätigte. Als Vorsitzender und Reichstagskandidat des Erfurter Wahlvereins organisierte er 1898 im Laufe weniger Monate die

Parteistruktur, wie sie sich aus der Zeit der Sozialistenverfolgung ergeben hatte, in einen straff geführten Mitgliederverein um. Als Delegierter auf thüringischen und deutschen Parteitagen der SPD setzte er sich mit Nachdruck für die so genannte Organisationsfrage ein. Auch hierüber gibt seine journalistische Arbeit Auskunft. Diese Vorgänge werden ebenfalls ausführlich dargestellt, weil sie sein außerordentliches **Organisationsgeschick** bei allen Aufgaben, die er auch später für die Partei übernahm, deutlich widerspiegeln.

Schon ab dem Jahre 1895 in Berlin als Vorsitzender des Lehrerkollegiums der Arbeiterbildungsschule, von Wilhelm Liebknecht am 12.1.1891 in Berlin gegründet, hatte Heinrich Schulz sich für verstärkte **Kulturarbeit** unter den Teilnehmern eingesetzt. Durch großzügige Bereitstellung von Haushaltsmitteln der Schule für verbilligte Teilnahme der Mitglieder und ihrer Familien an Theater-, Konzertveranstaltungen und Vorträgen auch im Rahmen seiner Tätigkeit als stellvertretender Vorsitzender der Freien Volksbühne hatte er zwar ein Defizit erwirtschaftet, aber gleichzeitig deutlich gemacht, daß die Arbeiterschaft neben der Aufgabe, die politische Macht zu erreichen, sich auch als Avantgarde von Kunst und Kultur zu verstehen hätte. In einem Leitartikel von 1901 „**Die Kunst dem Volke**“ nahm er ausführlich zu diesem Thema Stellung und prangerte die Abstinenz der Parteimitglieder von diesem Bereich scharf an. Seine Arbeit blieb weiterhin darauf gerichtet, bis er 1919 zum Staatssekretär im Reichsinnenministerium mit dem Arbeitsbereich Kultur- und Schulangelegenheiten von Friedrich Ebert ernannt wurde. Auch diese Kontinuität im Schaffen von Heinrich Schulz wird in der vorliegenden Studie berücksichtigt.

Über seine Arbeit als **Leiter der Parteischule** und des **Zentralen Bildungsausschusses der Partei** ab 1906 wurden bisher wenig beachtete und auch lange Zeit unzugängliche Dokumente aus dem Reichsinnenministerium, der Reichskanzlei und aus verschiedenen Nachlässen herangezogen, die im Bundesarchiv Abteilung „Reich und DDR zusammen mit der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ in Berlin zugänglich sind.

Die **vorliegende Literatur** über Heinrich Schulz gibt, wie Frank Neumann 1982 zurecht feststellte, wenig Aufschluß über sein Wirken im 1. Weltkrieg und über die Zeit bis zu seiner Ernennung zum Unterstaatssekretär im Juni 1919. Auch die neueste Schrift von Klaus Peter Schulz enthält keine aufschlußreichen neuen Dokumente. Einen unvollendeten Brief von Wilhelm Pieck aus dem Gefängnis, geschrieben im Jahre 1915 (in: Nachlaß: Pieck, W.), den der Verfasser dieser Studie Klaus Peter Schulz vorlegte, blieb ebenso unberücksichtigt, wie eine unveröffentlichte Broschüre zu einem Lichtbildvortrag zum Krieg von Heinrich Schulz aus dem Jahre 1914 (in: Nachlaß Löbe, P.) sowie ein Vortrag von Heinrich Schulz vor Königsberger Gewerkschaftern aus dem Jahre 1916 (Schulz, H. 1916). Diese Dokumente sowie einige weitere Briefe aus den Nachlässen von Clara Zetkin und Konrad Haenisch beleuchten in dieser Studie deutlich Heinrich Schulz Haltung im angegebenen Zeitraum.

Die Darstellung schließt mit Ausführungen zur **Reichsschulkonferenz von 1920** ab. Daß diese Reichsschulkonferenz zu den wichtigen bildungs- und kulturpolitischen Ereignissen des 20. Jahrhunderts in Deutschland gehörte, steht außer Frage. Hier wurden vor allem von der Gruppe der Entschiedenen Schulreformer um Paul Oestreich und Fritz Karsen aber auch von Paul Natorp, Adolf v. Harnack, Georg Kerschensteiner u. v. a. **Visionen einer deutschen Schule** zur Diskussion gestellt, die 82 Jahre nach ihrem Stattfinden nichts an Aktualität vermissen lassen.

Die Verschiebung der Konferenz über die ersten beiden Jahre nach der Revolution von 1918 hinaus bis zum Juli 1920 führte zu Veränderungen ihrer Aufgabenstellung. Nach dem Beschluß des Rates der Volksbeauftragten vom 17.1.1919 sollte sie ein „plötzlich zusammentretender Kongreß von Persönlichkeiten sein, die mehr oder weniger schwungvoll ihre Wünsche aussprechen“ (Schulz, H. in: Bundesarchiv; R 43 I, 777, S. 34). Nach seiner Vorbereitung und unter seiner Leitung sollte sie dann allerdings „zu einem wohlvorbereiteten Kongreß werden, der gründliche Arbeit leisten kann und wird,“ wie er eine solche Veranstaltung schon im Jahre 1917 im Deutschen Reichstag gefordert hatte (Schulz, H. ebenda). In einer kritischen Würdigung wird die Rolle von Heinrich Schulz als Organisator und Leiter der „verspäteten“ Reichsschulkonferenz beleuchtet.

In einem **Schlußkapitel** wird der Versuch unternommen, den Karrierevorgang von Heinrich Schulz im Rahmen der Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von 1891 bis 1920 als Integrationsprozeß der Partei und eines ihrer führenden Mitglieder in die bürgerliche Gesellschaft zu deuten.